

Pierre Lorang

Belgische Verhältnisse

Wie die Christdemokraten zwei Legislaturperioden in der Opposition überlebten und anschließend den belgischen Staat an den Rand der Implosion brachten

Am 13. Juni 1999 erschüttert ein Erdbeben die politische Landschaft im Königreich Belgien: Die seit 41 Jahren ununterbrochen an der Regierung beteiligten, doch jüngst von Affären gebeutelten Christdemokraten – *Christelijke Volkspartij* (CVP) im niederländischsprachigen, *Parti social-chrétien* (PSC) im französischsprachigen Landesteil – erleiden eine historische Wahlniederlage. Trotz großer persönlicher Beliebtheit ist es Premier Jean-Luc Dehaene nicht gelungen, seine von der Dutroux-Katastrophe, der Dioxinkrise und internen Spannungen traumatisierte orangefarbene Parteienfamilie noch einmal über die Runden zu retten. Beim Urnengang zur Abgeordnetenversammlung fällt die CVP in Flandern von 27,62 auf 22,23 Prozent zurück, landesweit von 17,18 auf 14,09 Prozent. Ihre Sitzzahl im Unterhaus reduziert sich von 29 auf 22. Der PSC sackt in der Wallonie von 22,54 auf 16,83 Prozent ab, national von 7,73 auf 5,88 Prozent, was statt vormals zwölf nur noch zehn Sitze ergibt. Im Gegenzug gelingt den flämischen Liberalen um Guy Verhofstadt erstmals das Kunststück, die CVP zu überflügeln und stärkste Partei im Königreich zu werden. (Zum Vergleich: Bei den Parlamentswahlen 1977 gaben noch 43,97 der Wähler in Flandern ihre Stimme der CVP, während der PSC in der Wallonie auf 25,79 Prozent kam.)

In Rekordzeit stellt der von König Albert II. zum Regierungsformateur bestellte Guy Verhofstadt eine „Regenbogen-Koalition“ aus Liberalen, Sozialisten und Grünen zusammen. Sie tritt am 12. Juli

1999 mit dem Vorsatz an, das institutionell schwerfällige, kulturell gesplante, wirtschaftlich in Schieflage geratene und moralisch bankrotte Belgien von Grund auf zu erneuern. Für die Christdemokraten beider Landesteile beginnt ein zwei Legislaturperioden anhaltender Prozess der Häutung und Erneuerung in der Opposition. Sie ahnen, dass nichts mehr so sein wird, wie es einmal war – ja, dass sie sich gewissermaßen neu erfinden müssen. Der „CVP-Staat“ ist tot.

Die neuen Parteivorsitzenden von CVP und PSC, Stefaan de Clerck (47) und Joëlle Milquet (38), rufen ab Ende 1999 zu einer ideologischen Neupositionierung, begleitet von einer tiefgreifenden Reorganisation und parteiinternen Demokratisierung, auf. Schon bald wird klar, dass sich die bisherigen Schwesterparteien in verschiedene Richtungen entwickeln werden.

De Clerck möchte die CVP vom Image des parteipolitischen Arms der katholischen Kirche befreien. Die einstige Versäulung der Gesellschaft in weltanschauliche „Subkulturen“ hält er definitiv für überwunden. Aus der „Partei des christlichen Volkes“ will er eine moderne, offene Kraft machen, die sich zu einem Katalog klar umrissener, christlich inspirierter Grundwerte bekennt, hingegen das sterile Lagerdenken und die Kulturkampf-Attitüde des 19. und 20. Jahrhunderts hinter sich lässt. Zu diesem Zweck lädt er die Koryphäen der Partei, vor allem aber jene, die es werden wollen und als solche noch der Qualifikation bedürfen, zu einer

geistig anspruchsvollen Übung ein. Jede(r) soll auf seinem politischen Fachgebiet die Kernelemente einer spezifisch christdemokratischen Analyse und Handlungsweise formulieren, die einen „deutlichen Mehrwert gegenüber einem abgemilderten Liberalismus und einem gemäßigten Sozialismus“ zu bieten hat. Als Ergebnis erscheint im Jahr 2000 das Buch *Hartslagen. Christen-democratische verkenningen* („Herzschläge. Christlich-demokratische Erkundungen“), ein Autorenband, der die Pflöcke künftiger doktrinaler Kohärenz in der Partei abzustecken versucht. Eine solche scheint umso dringender geboten, als die CVP sich jahrzehntelang auf das Ausüben und Verteidigen von Regierungsmacht konzentriert und das Nachdenken über die ideellen Fundamente, also das, was die Partei in ihrem Innersten zusammenhält, vernachlässigt hatte.

Mit neuen Namen zu neuen Ufern?

Als sich die alte Dame CVP dann am 28. und 29. September 2001 beim Kongress von Kortrijk in *Christen-Democratisch en Vlaams* (CD&V) umbenennt, scheint die Transformation abgeschlossen. Von herausragender Signalkraft ist die neue Interpretation des „V“, das fortan nicht mehr für „Volkspartei“, sondern für „Vlaams“ („flämisch“) steht.

Beim französischsprachigen PSC entfacht die ungestüme Joëlle Milquet derweil einen Bildersturm, an dessen Ende das

christliche „C“ dem sehr viel profanerem Zentrums-C Platz macht. Am 18. Mai 2002 nimmt die Partei Abschied von der religiös gefärbten Referenz und taufte sich um in *Centre démocrate humaniste* (CDH, Eigenschreibweise: cdH). Dessen Grundsätze sind in der *Charte de l'humanisme démocratique* vom 9. Juni 2001 definiert. Kernstück ist der Personalismus (*personalisme communautaire*) des von einem sozialreformerisch-republikanischen Katholizismus geprägten französischen Philosophen Emmanuel Mounier (1905-1950). Im Gegensatz zu den Kollegen in Flandern will Milquet den radikaleren Schnitt schon allein deshalb vollziehen, weil die gesellschaftliche Säkularisierung in Brüssel und der Wallonie sehr viel weiter fortgeschritten ist. Hinzu kommt, dass vor allem in der Hauptstadt und den Ballungsgebieten Zehntausende belgische Neubürger muslimischen Glaubens leben, von denen sich wohl nur die wenigsten vorstellen können, sich zu einer Partei zu bekennen, die explizit das Christentum im Namen führt.

In beiden Organisationen, CD&V und CDH, trifft die Erneuerung auf breite Zustimmung. Doch gibt es auch Enttäuschungen. Johan Van Hecke, CVP-Vorsitzender von 1993 bis 1996, und Ex-Minister Karel Pinxten gründeten die *Nieuwe Christen-Democraten* (NCD), die sich allerdings schon im März 2002 Verhofstadts liberaler VLD anschließen. Sie bemängeln den ihrer Meinung nach zu konservativen Oppositionskurs der CD&V in gesellschaftspolitischen Fragen.

Beim CDH wiederum kommt es zu einer Abspaltung von Kräften, die gegen den Verzicht auf das C für „christlich“ opponieren. Die neue Partei mit Namen *Chrétien démocrates francophones* (CDF, später *Chrétien démocrates fédéraux*) kann aber zu keinem Zeitpunkt nennenswerte Erfolge erzielen und löst sich am 10. März 2013 auf. Schon am 12. Januar 1998 war Gérard Deprez, der 15 Jahre lang, von 1981 bis 1996, die Präsidentschaft des PSC innehatte, aus seiner Partei ausgeschlossen worden. Hintergrund war ein heftiger interner Richtungsstreit über die künftige Strategie. Um die Vormachtstellung der Sozialisten in der Wallonie zu brechen, plädierte Deprez für ein Mitte-

rechts-Bündnis mit den Liberalen. Davon aber wollte die damalige Parteispitze um Charles-Ferdinand Nothomb nichts wissen. Sie pochte auf die Eigenständigkeit des PSC. Sogleich gründete der geschasste Deprez mit Gleichgesinnten das *Mouvement des citoyens pour le changement* (MCC). Dieses schloss sich 2002 mit u. a. den frankophonen Liberalen zur bürgerlichen Föderation *Mouvement réformateur* (MR) zusammen.

Dass ein frisches Etikett und überarbeitete Glaubenssätze noch kein Garant für den Wiederaufschwung sind, zeigt sich dann bei den Parlamentswahlen vom 18. Mai 2003. Die CD&V um Stefaan de Clerck verliert nochmals an Boden (-0,84 %, minus 1 Sitz) und muss jetzt mit Platz 3 vorliebnehmen. Noch schlechter ergeht es dem CDH, der zwar nur um 0,41 Prozent schrumpft, dafür aber zwei Sitze abgeben muss. Erst bei den darauffolgenden Wahlen, am 10. Juni 2007, kann der CDH den Abwärtstrend stoppen, legt um 0,58 Prozent zu und gewinnt die zwei verlorenen Sitze zurück.

Vlaamse Leeuw statt Trikolore

Für die CD&V gerät der Urnengang von 2007 zum Triumph. Mit ihrem neuen Star Yves Leterme, seit Juli 2004 flämischer Ministerpräsident, holt sie landesweit 18,50 Prozent der Stimmen (+5,25 %) und 30 Sitze (+9). Aber die Sache hat einen Pferdefuß, haben die flämischen Christdemokraten doch ein Wahlkartell und gemeinsame Kandidatenlisten mit der *Nieuw-Vlaamse Alliantie* (N-VA) gebildet, die 2001 aus der früheren *Volksunie* hervorgegangen ist. Sie repräsentiert den liberal-konservativen, also rechten Flügel im demokratischen Segment des flämischen Nationalismus, wildert in den Wählerbeständen sowohl von Christdemokraten und Liberalen als auch des rechtsextremen *Vlaams Belang* und träumt vom Fernziel eines unabhängigen Flandern.

Die Abkehr der ehemals königstreuen Staatspartei CVP von der belgischen Trikolore hin zum *Vlaamse Leeuw* hat somit weitreichende Konsequenzen. Letermes antibelgische Rhetorik und sein Pakt mit dem hemdsärmelig-charismatischen NVA-Chef Bart De Wever platzieren den

Nationalismus endgültig im politischen Mainstream Flanderns. Und weil die Wähler stets das von Leidenschaft beseelte Original statt der unter Opportunismus-Verdacht stehenden Kopie bevorzugen, ist es letztlich nicht die CD&V, sondern die De-Wever-Truppe, die nachhaltig von der Operation profitieren wird. Zu keinem Zeitpunkt kann Yves Leterme, der designierte Regierungsformateur, seine 796 521 Vorzugsstimmen in föderales politisches Kapital ummünzen, da er sich in die Geiselhaft der N-VA begeben hat. Statt sich wie seine illustren Vorgänger Wilfried Martens und Jean-Luc Dehaene zum Champion belgischer Kompromisspolitik zu transzendieren, forciert er weiterhin einen wie auch immer gearteten „Konföderalismus“ und lässt kein Fettnäpfchen aus, um die Frankophonen gegen sich aufzubringen.

Als deren pro-belgische Ikone setzt sich derweil Joëlle Milquet in Szene. Indem sie sich beherzt der flämischen Front entgegenstemmt, avanciert die CDH-Präsidentin zur allseits gefürchteten „Madame Non“. Auf regionaler Ebene verschreibt sie ihrer Partei einen prononcierten Mittelkurs, der sich in „Olivenbaum“-Koalitionen mit Sozialisten und Grünen niederschlägt.

Unter solch denkbar ungünstigen Voraussetzungen geraten die unter Schweiß und Tränen zustande gekommenen föderalen Kabinette Leterme I und II zu Rohrkrepierern. Die Quittung folgt bei den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 13. Juni 2010. Wieder auf eigenen Füßen stehend – das Kartell mit der N-VA wurde 2008 aufgekündigt –, erreicht die CD&V belgienweit gerade noch 10,85 Prozent der Stimmen (-7,65 %) und 17 Sitze (-13). In der Region Flandern schrumpft sie von 29,64 auf 17,28 Prozent. Der CDH kann seine Position in etwa halten (-0,53 %, minus 1 Sitz). Die Sensation schaffen Bart De Wever und die N-VA. Mit 17,40 Prozent (Flandern: 27,79 %) und 27 Sitzen werden die Nationalisten zur stärksten Kraft im Königreich. Es folgen 541 Tage quälender innenpolitischer Krise, an deren Ende Elio Di Rupo eine große Altparteien-Sechserregierung aus Sozialisten, Liberalen und Christdemokraten auf die Beine bringt. Belgiens letztes Aufgebot? ♦